

Pfalzeler Verein wendet sich gegen Windkraft

TRIER (har)

In Trier sind bisher keine Flächen ausgewiesen worden, auf denen Windräder gebaut werden können. Das soll sich ändern. Der Stadtrat hat die Verwaltung mit entsprechenden Planungen beauftragt.

Das hält der Bürgerverein Pfalzel für unnötig. In einer Pressemitteilung des Vereins heißt es: Die Stadt Trier erwecke den Eindruck, dass die Ausweisung von Flächen für Windkraft infolge der Vorgaben von Bund und Land alternativlos ist. Dem sei nicht so. „Die Planungen der Stadt verstoßen im Gegenteil gegen wesentliche Festlegungen des Landesentwicklungsprogramms“, argumentiert Hans-Jürgen Wirtz, Vorsitzender des Vereins.

Das Land habe sich mit den Naturschutzverbänden darauf verständigt, dass Flächen für Windenergie ausgewiesen werden sollen, die konfliktarm umzusetzen und leicht zu erschließen sind. „Konfliktarm bedeutet, dass keine erheblichen Nachteile für Natur und Artenschutz zu befürchten sind.“

Das Landesamt für Umwelt hat laut Verein mögliche Standorte auf ihr Konfliktpotenzial hin untersucht und den Steigenberg in die zweithöchste und Balmet in die höchste Konfliktstufe eingeordnet. Die Naturschutzvereinigung BUND habe schon in dem ersten Beteiligungsverfahren von diesen beiden Standorten abgeraten.

Die Naturschutzvereinigung Nabu habe zudem die Stadt aufgefordert, keine Standorte für Windenergie ausweisen.

Hans-Jürgen Wirtz weist darauf hin, dass Rheinland-Pfalz im bundesweiten Vergleich keinen Nachholbedarf bei der Windenergie habe. „Das Landesamt für Umwelt hat die als risikoarm einzuschätzenden Flächen mit vier Prozent beziffert. Nahezu doppelt so viel, wie bis Ende 2032 zu melden wären.“ Unter diesen Umständen auf Flächen mit hohem Konfliktpotenzial wie im Pfalzeler Wald zurückzugreifen, „ist ein eklatanter Widerspruch zu den Vorgaben des Landes“.

Wenn die bisher bekannten Zahlen zutreffend sind, sei das Ziel für 2027 mit 1,4 Prozent der Fläche nahezu erreicht. „Von daher ist die Drohung, ohne diese Planung drohe ein Wildwuchs, ein Phantom.“

Triers Baudezernent Thilo Becker hatte in einer gemeinsamen Sitzung der Ortsbeiräte Ehrang-Quint, Pfalzel und Biewer darauf hingewiesen, dass die Ausweisung von Flächen für die Windenergie notwendig sei. Ansonsten könnten Betreiber Anlagen an Stellen bauen, an denen das derzeit nicht möglich ist.

Anmerkung des BV:

Konfliktarm bedeutet auch, den Menschen als Schutzgut zu berücksichtigen, z. B. mit seinem Anspruch auf Naherholungsgebiete und körperliche Unversehrtheit.